

Bereich: Finanzen
Az: 20
Datum: 22.11.2002

2002/387
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	10.12.2002	

Betreff

**Budgetentwicklung des Allgemeinen Finanzbudgets
und der Unternehmenszentrale.**

Finanzielle Auswirkungen ☐ keine haushaltsmäßige Berührung ☒ Auswirkungen siehe Sachverhalt	Haushaltsstelle(n): Gesamtkosten der Maßnahme: ggf. Höhe des Zuschusses %=
---	---

Beschlussvorschlag

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Finanzberichte des Allgemeinen Finanzbudgets und der Unternehmenszentrale zur Kenntnis.

Kruse

Sachverhalt

Allgemeines Finanzbudget:

Die Prognose beläuft sich für den **Verwaltungshaushalt** auf eine **Budgetverschlechterung** von **rd. 3,9 Mio. €**. Gegenüber dem letzten Finanzbericht aus September 2002 ergibt sich somit eine weitere Verschlechterung von rd. 1,1 Mio. €. Ursächlich für die Budgetverschlechterung sind weiterhin die erheblichen Steuermindereinnahmen von jetzt rd. 3,4 Mio. €. Bei der Gewerbesteuer belaufen sich die Einnahmeausfälle auf derzeit fast 1,0 Mio. € und bei der Lohn- und Einkommensteuer auf rd. 1,9 Mio. €.

Neben den bereits im letzten Finanzbericht aufgezeigten Verschlechterungen kommt es auch zu Einnahmeausfällen bei der Grundsteuer A und B (112.600 €) und bei der Gewinnabführung durch die Forum (890.550 €). Die für 2002 geplante Veräußerung von Anlagevermögen wird voraussichtlich in 2003 realisiert. Bei der Zweitwohnungssteuer ergibt sich eine weitere Verschlechterung von 286.800 €. Es werden jedoch noch im Jahr 2003 Festsetzungen rückwirkend für das Jahr 2002 erfolgen. Die Fälle konnten bisher nicht veranlagt werden (z. B. fehlende Rückmeldungen usw.). Es werden zunächst Einnahmen für diese Fälle von rd. 20.000 € jährlich kalkuliert. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass sich im Rahmen des Veranlagungsverfahrens Bürger mit ihrem ersten Wohnsitz in Castrop-Rauxel angemeldet haben mit dem Ergebnis, dass diese Einwohner bei den Schlüsselzuweisungen berücksichtigt werden. Die Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen werden pro Einwohner mit rd. 500 € geschätzt. Bisher liegen ca. 50 Ummeldungen vor. Die Mehreinnahme wirkt sich nicht bei der Zweitwohnungssteuer aus.

Neben den bereits im letzten Finanzbericht aufgezeigten Verbesserungen ergibt sich bei der Zahllast für den Solidarbeitrag und dem Fonds Deutsche Einheit eine weitere Minderausgabe von rd. 59 T€ und auch die zu zahlende Gewerbesteuerumlage verringert sich – bedingt durch die Mindereinnahme bei der Gewerbesteuer – um rd. 107 T€. Bei den sonstigen weiteren Finanzausgaben ergibt sich voraussichtlich eine Minderausgabe von rd. 145 T€. Hierbei handelt es sich um Zinsen für zu früh bzw. zu viel abgerufene Landeszuweisungen. Diese Ausgabe wird jedoch voraussichtlich 2003 fällig. Geringfügige Mehreinnahmen ergeben sich bei den Zinsen Kontokorrent (7.340 €) und Zinsen Umsatzsteuererstattung (4.010 €).

Nachrichtlich ist hier noch der Stand der Kassenkredite zum Ende des Monats November mit 31,0 Mio. € zu erwähnen. Der durchschnittliche Bestand bis einschließlich 3. Quartal 2002 betrug 23,7 Mio. € (Vorjahr 23,2 Mio. €).

Im **Vermögenshaushalt** ergeben sich ebenfalls **Budgetverschlechterungen** in Höhe von rd. **4,2 Mio. €**. Gegenüber dem letzten Finanzbericht ergibt sich somit eine Verschlechterung von rd. 2,4 Mio. €. Diese resultiert aus der Nichtrealisierung des Verkaufs des Sportplatzes Westhofenstraße. Die Mindereinnahme wird sich in 2003 realisieren lassen. Der Verkaufserlös wurde im Jahresabschluß 2001 durch eine Veränderung der Rücklagezuführung zwischenfinanziert. Es erfolgt so ein vorübergehender Ausgleich bis zur Zahlung des Kaufpreises in 2003.

Unternehmenszentrale:

Der **Verwaltungshaushalt** weist eine **Budgetverschlechterung** von **rd. 192 T€** aus. Gegenüber dem letzten Finanzbericht ergibt sich eine Verbesserung von rd. 352 T€. Diese Verbesserung resultiert aus Mehreinnahmen Erstattung Personalkosten und überzahlter Zusatzversorgungskasse-Umlage, vermischte Einnahmen, Kostenerstattung durch den EUV und Stundungszinsen Steuern sowie Minderausgaben für sonstige Geschäftsausgaben, Bundestagswahl, Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit, sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand, GKD-Umlage und Geschäftsausgaben.

Bei den Personalausgaben ergibt sich gegenüber dem Finanzbericht September eine Verbesserung von rd. 142 T€. Es ergibt sich aber immer noch ein Mehrbedarf von rd. 435 T€ auf die laut Ratsbeschluß festgeschriebenen Personalkosten des Jahres 2001. Insgesamt wird der prognostizierte Fehlbetrag durch die Mehrausgaben bei den Versorgungskosten, der Beihilfe und der Zusatzversorgung (Umstellung der VBL) verursacht. Diese Mehrbelastungen waren nicht vorhersehbar bzw. sind nicht beeinflussbar. Mehrausgaben gegenüber dem Jahr 2001 aufgrund von Tarifsteigerungen konnten teilweise im Rahmen des Sammelnachweises finanziert werden. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre kann davon ausgegangen werden, dass sich der Mehrbedarf noch reduzieren kann.

Im **Vermögenshaushalt** ergeben sich **Verbesserungen** von **rd. 28 T€**. Gegenüber dem letzten Finanzbericht ergibt sich eine Verbesserung von rd. 54 T€. Aufgrund der Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung konnten Maßnahmen nicht im vollen Umfang umgesetzt werden (Fahnenbeschaffung, Projekte Informationstechnik, Inventarbeschaffungen). Des weiteren ergibt sich eine Minderausgabe für den Grunderwerb Ickern I/II.

Anlagen

- 1 Finanzbericht Allgemeines Finanzbudget
- 2 Finanzbericht Unternehmenszentrale

Die zu dieser Vorlage gehörenden Anlagen können aus technischen Gründen nicht beigefügt werden. Bei Bedarf können die Vorlagen im Bereich Finanzen, Zimmer 271, eingesehen werden.